

Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale)

Körperschaft des öffentlichen Rechts

★Repräsentantenausschuss★

Halle, den 22.01.2010

Geschäftsordnung

Präambel

Die Aufgaben des Repräsentantenausschusses der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) werden durch die Hauptsatzung der Gemeinde vom 13.06.2004 definiert.

Die Mitglieder der Repräsentantenversammlung verpflichten sich nach Maßgabe der Satzungen und Ordnungen der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) das Wohl der Gemeinde zu wahren und zu mehren und Schaden von ihr abzuwenden. Sie sind in ihren Handlungen nur ihrem Gewissen verpflichtet und haben gegenüber parteilichen Interessen neutral zu handeln und zu entscheiden.

Der Repräsentantenausschuss arbeitet auf der Grundlage rechtsstaatlich gesicherter, demokratisch durch Mehrheitsbeschlüsse gefasster Entscheidungen zu den in seiner Verantwortung liegenden Sachverhalten.

1. Sitzungen des Repräsentantenausschusses.

- 1.1. Der Repräsentantenausschuss tagt in der Regel in monatlichen Abständen zu seinen ordentlichen Sitzungen. Erfordern unaufschiebbare, termingebundene Sachverhalte schnelles Handeln, so kann in Ausnahmefällen zu außerordentlichen Sitzungen eingeladen werden. Für die ordentlichen und die außerordentlichen Sitzungen gilt gleichermaßen die vorliegende Geschäftsordnung. Die Einberufung zu den Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden des Repräsentantenausschusses in Abstimmung mit dem Vorstand. Er leitet die Sitzungen. In Falle seiner Verhinderung übernimmt sein Stellvertreter die Leitung der Sitzung. Mit der Einladung erhalten die Mitglieder den Vorschlag zur Tagesordnung und die für die Beschlussfassung erforderlichen Unterlagen. Tischvorlagen werden zu Sitzungsbeginn an die Ausschussmitglieder verteilt. Ladefrist beträgt 1 Woche. Zu außerordentlichen Sitzungen können noch kürzere Ladefristen eingehalten werden. Alle Mitglieder des Ausschusses müssen nachweislich über die außerordentliche Sitzung informiert werden.

Seite 1 von 2

- 1.2. Die Redezeit der Vortragenden ist begrenzt auf fünf Minuten. Die Redezeit für die Diskussionsredner beträgt in der Regel eine Minute. Bei Bedarf kann auf Antrag die Redezeit mit dem Einverständnis der Repräsentanten verlängert werden.
- 1.3. Die Abstimmungen erfolgen in der Reihenfolge der Anträge.
- 1.4. Die Sitzungen sind gemeindeöffentlich. In der durch Aushang bekannt zu gebenden Tagesordnung sind die nichtöffentlichen Verhandlungsgegenstände auszuweisen. Ihre Verhandlung erfolgt in einem nichtöffentlichen Teil der Sitzung.
- 1.5. Die an der Sitzung teilnehmenden Mitglieder des Repräsentantenausschusses tragen sich in die Anwesenheitsliste ein. Verhinderung an der Teilnahme ist dem Vorsitzenden des Repräsentantenausschusses rechtzeitig anzuzeigen. Nicht stimmberechtigte, geladene Gäste und die Mitglieder berichtender Ausschüsse tragen sich ebenfalls in diese Liste ein. Für die teilnehmenden interessierten Gemeindemitglieder wird eine getrennte Anwesenheitsliste geführt. Das Rederecht für Gäste und anwesende Gemeindemitglieder wird nur unter Zustimmung des Ausschusses erteilt.
- 1.6. In den Beratungen sind Deutsch und Russisch gleichberechtigte Sprachen. Die Übersetzung der mündlichen und schriftlichen Beiträge erfolgt in Verantwortung des Vorsitzenden der Repräsentanz.
- 1.7. Die Sitzungen werden mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit, der Bestätigung sowie eventueller Ergänzungen der Tagesordnung und mit der Kontrolle des Protokolls der vorangehenden Sitzung eingeleitet.
- 1.8. Das Ergebnis der Abstimmungen wird mit einfacher Mehrheit festgestellt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

2. Protokoll.

- 2.1. Es wird ein Beschlussprotokoll angelegt. Besondere Meinungen sind zu protokollieren. Die Protokollsprache ist Deutsch. Für die Protokollführung ist der Stellvertreter des Gemeindevorsitzenden verantwortlich. Bei Bedarf wird Protokoll ins Russisch übersetzt. Die Protokolle erlangen erst nach Bestätigung durch die Repräsentanz Rechtskraft.

I. Grinberg

Vorsitzender des Repräsentantenausschusses
der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale), K. d. ö. R.